

1 **Antragssteller\*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

## 3 **Jetzt ist es kalt trotz alledem - Trotz SPD und alle-** 4 **dem**

5 Der 24. Februar dieses Jahres stellt für die meisten einen Tag dar, den sie nicht so schnell vergessen  
6 werden. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine hängt nicht nur ein klarer Bruch des Völkerrechts  
7 zusammen, sondern ebenso zahlreiche grausame Kriegsverbrechen. Die EU hat mit dem Ziel, die russi-  
8 sche Wirtschaft zu schwächen und ein früheres Ende des russischen Angriffskrieg herbeizuführen, seit  
9 Beginn des Jahres sowohl Sanktionen gegen Einzelpersonen als auch Wirtschaftssanktionen gegen  
10 Russland verhängt. Bereits in den ersten Kriegsmonaten zeichnete sich die Abhängigkeit Deutschlands  
11 vom Kriegstreiber Russland insbesondere im Rahmen von Gasimporten immer weiter ab. Spätestens  
12 mit dem endgültigen Stopp der russischen Gaslieferungen nach Deutschland Anfang September wurde  
13 deutlich: Die Perspektiven für den diesjährigen Winter kühlen immer weiter ab.

14 Gleichzeitig sind wir einer immer weiter steigenden Inflation ausgesetzt. Im Oktober erreichte die Infla-  
15 tion einen neuen Höchstwert von 10,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der größte Preisanstieg ist  
16 dabei mit ca. 44 Prozent bei den Energiepreisen zu verzeichnen, aber auch die Lebensmittel bleiben von  
17 der Inflation mit einer Preissteigerung von ungefähr 13 Prozent keineswegs verschont.

18 Diese wirtschaftliche Entwicklung bleibt für den größten Teil der Bevölkerung nicht folgenlos. Die soziale  
19 Lage spitzt sich für die meisten Gesellschaftsgruppen immer weiter zu. Unter die stark betroffenen  
20 Gruppen fallen insbesondere auch wir: Die Studierendenschaft.

### 21 **1, 2, 3 - Die "Entlastungs-" Pakete im Überblick**

22 Seit März diesen Jahres wurden verschiedene Maßnahmen seitens der Bundesregierung ergriffen, die  
23 in verschiedensten Formen versucht haben, der sozialen Lage von Studierenden Rechnung zu tragen.  
24 Die ersten Entlastungen stellten dabei einen eindeutigen Fehlstart der Bundesregierung dar: Studierende  
25 standen wie bei der Corona-Pandemie nicht auf der Prioritätenliste. Denn im ersten und zweiten Entlas-  
26 tungspaket, in denen Studierende bis auf den Heizkostenzuschuss von 230€ für die wenigen BAföG-  
27 Empfänger\*innen nicht explizit benannt wurden, bleiben explizite Entlastungen für Studierende aus. Dies  
28 sah auch beim zweiten Entlastungspaket nicht groß anders aus. Erst auf Nachdruck kam die Erweite-  
29 rung der Energiepauschale für Minijobber\*innen hinzu. Das brachte für 68 Prozent der Studierenden eine  
30 einmalige Entlastung von 300€ - immerhin!

31 Mit dem Spätsommer begannen die nächtelangen Verhandlungen der Ampelkoalition rund um das dritte  
32 Entlastungspaket. Einerseits wurde ein weiterer Heizkostenzuschuss beschlossen, welcher unter ande-  
33 rem BAföG-Empfänger\*innen in den kalten Wintermonaten finanziell unter die Arme greifen soll. Ande-  
34 rerseits kam eine weitere Entlastungsmaßnahme hinzu, die ein vollkommenes Novum darstellt: Alle Stu-  
35 dierenden sollen - unabhängig von möglichen Beschäftigungsverhältnissen oder BAföG-Berechtigung -  
36 finanzielle Unterstützung erhalten: 200€-Einmalzahlungen heißt das Zauberwort! So schön wie das auch  
37 klingt, einen Haken gibt es dennoch: Der Auszahlungsmechanismus bleibt weiterhin ungeklärt, sodass  
38 der Ausstellungszeitraum der studentischen Einmalzahlungen immer weiter nach hinten rückt. Ein Ar-  
39 mutszeugnis für das Krisenmanagement!

40 Dass große Teile der Bevölkerung bis weit in die Mittelschicht hinein aufgrund der galoppierenden Infla-  
41 tion immer weiter in Bedrängnis geraten, müsste allen bewusst sein, die sich näher mit den ersten Ent-

42 lastungspaketen auseinandersetzen. Umso größer waren die Erwartungen an den sog. "Doppel-  
43 wumms", die Gas- und Strompreisbremse, die mit Krediten über 200 Mrd. € finanziert werden und Ver-  
44 braucher\*innen und die Industrie durch den Winter bringen sollen. Ziele waren die schnelle Entlastungs-  
45 wirkung, der wirksame Schutz gegen finanzielle Überforderung und dabei klare Einsparanreize beim Gas  
46 zu setzen. Zentrale Maßnahmen, auf die sich geeinigt wurde, ist die Übernahme der Abschlagszahlung  
47 im Dezember für alle Verbraucher\*innen und die Deckelung des Gaspreises für 80% des Vorjahresver-  
48 brauchs ab dem 01.02.2023 bis Ende April 2024 auf zwölf Cent pro Kilowattstunde. Dies soll zum Gas-  
49 sparen anregen: Wer unter den 80% bleibt, darf die Differenz sogar behalten. Der Strompreis wird eben-  
50 falls auf 40 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt. Gleichzeitig sollen sogenannte Zufallsgewinne von Kri-  
51 sengewinner\*innen teilweise abgeschöpft werden. Die tatsächliche Wirkung der beiden Bremsen wird  
52 zu beobachten sein. Vor allem die Abschöpfung von Krisengewinnen ist dabei hervorzuheben. Klar ist,  
53 dass Hochschulen und Studierendenwerken von den Bremsen dringend profitieren müssen. Die Abstim-  
54 mung mit den europäischen Partner\*innen muss sich verbessern. Deutschland darf sich nicht mit seiner  
55 schieren wirtschaftliche Stärke über andere hinwegsetzen und gleichzeitig den kleineren Ländern eine  
56 gemeinsame Kreditaufnahme verwehren. Statt nationaler Alleingänge braucht es abgestimmte Antwor-  
57 ten auf die aktuellen Krisen!

## 58 **Mit ausreichend Unterstützung durch die Krise - Herausforderungen für Hochschulen, Wissenschaft** 59 **und Forschung**

60 Finanzielle Belastung ist Studierenden in Deutschland zwar seit Jahrzehnten schmerzlich bekannt, die  
61 aktuelle Situation sucht allerdings ihresgleichen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren Studie-  
62 rende schon lange besonders häufig und besonders schwer von Armut betroffen. Die derzeitigen Preis-  
63 anstiege bei Ausbleiben ausreichender politischer Maßnahmen tragen dazu bei, dass sich die bedrohli-  
64 che Lage der Studierenden weiter zuspitzt. Nachdem bereits die Corona-Pandemie und das vorsätzlich  
65 verantwortungslose Handeln des Bundesbildungsministeriums der letzten Jahre Studierende vor die  
66 Wahl des Studienabbruchs oder der Schuldenfalle gestellt hat, bleibt die Krise also bittere Realität. Die  
67 Folgen werden sich nicht nur in den Studienverläufen, den Abbruchquoten, in sozialen Hintergründen  
68 von Studienanfänger\*innen und in Armutsstatistiken widerspiegeln, auch psychosoziale und Sozialbe-  
69 ratungen warnten bereits vor Monaten vor den Auswirkungen der Dauerkrisenaufgrund von steigenden  
70 Zahlen bei Terminanfragen.

71 Es braucht dringend wirksame und verlässliche Entlastungen, die Studierenden Planungssicherheit ge-  
72 ben. Die Gelegenheit, dafür im Rahmen der kürzlich verabschiedeten 27. und 28. BAföG-Änderungsge-  
73 setze eine belastbare Grundlage zu legen, wurde trotz unserer Warnungen leider verpasst. Es kann nicht  
74 sein, dass Studierende dies nun ausbaden müssen. Im Sinne notwendiger Chancengerechtigkeit, der  
75 Selbstbestimmung junger Menschen und eines starken Bildungs- und Forschungsstandortes muss drin-  
76 gend nachgelegt werden - bevor es endgültig zu spät ist!

77 Die soziale Infrastruktur, allen voran die Studierendenwerke, leiden unter den Preissteigerungen bei der  
78 Energie und den Nahrungsmittel naturgemäß ebenfalls. Sowohl Mietkosten, als auch Mensapreise wur-  
79 den bzw. werden praktisch überall erhöht. Hierbei ist den örtlichen Studierendenwerken im Allgemeinen  
80 kein Vorwurf zu machen. Diese müssen kostendeckend arbeiten und geben daher die Preiserhöhungen  
81 lediglich an die Studierenden weiter. Vielmehr ist es an der Bundes- und Landespolitik zielgerichtete  
82 Maßnahmen zu ergreifen, die die soziale Infrastruktur der Studierenden schützt und ausbaut. Auch hier  
83 bleibt die Wirkung der Gas- und Strompreisbremse abzuwarten. Gerade bei den Mensapreisen könnte  
84 sich hierbei jedoch eine Entspannung einstellen. Alle Kostenreduktionen müssen weitergegeben wer-  
85 den. Neben einer angemessenen Krisenunterstützung fordern wir weiterhin einen allgemeinen Ausbau  
86 der Infrastruktur. Vor allem Wohnheimplätze müssen, über die aktuell akute Energiekrise hinaus, wegen  
87 der immer noch bestehenden Wohnungskrise massiv ausgebaut werden.

88 Neben den Auswirkungen der Inflation bei den Energiepreisen auf Studierende und die soziale Infra-  
89 struktur, dürfen die Auswirkungen der Inflation auf die Hochschulen selbst nicht vergessen werden.  
90 Hochschulforschung ist gerade in den MINT-Fächern ein energieintensives Unterfangen. Sei es der  
91 Großrechner des Hochschulrechenzentrums, oder die Materialprüfanstalt. Große Teile der praktischen  
92 Forschung kommen nicht ohne viel Energie aus. Umso prekärer ist die Lage, in der sich die Hochschulen  
93 momentan befinden: Von einer sowieso schon zu kleinen Grundfinanzierung durch die Länder und ohne  
94 nennenswerte Ersparnisse müssen die kommenden Monate und Jahre überstanden werden. Um Wär-  
95 meenergie zu sparen, werden restriktive, und gar nicht den Bedürfnissen der Studierenden entspre-  
96 chende, Gebäudeöffnungszeiten durchgesetzt und Raumtemperaturen nahe an die Grenze des Erträgli-  
97 chen herabgesenkt. Doch trotz dieser Maßnahmen und Bundeshilfen, wie der Strom- und Gaspreis-  
98 bremsen, werden die vorgesehenen Budgets massiv gesprengt, was durch die fehlende Aufführung der  
99 Hochschulen im Härtefallfond der Bundesregierung eben nicht abgedeckt wird, sodass Hochschulen,  
100 falls sich an der Lage nichts verändert, einschneidende Maßnahmen angekündigt haben. Ein Stopp der  
101 energieintensiven Forschung würde zwar kurzfristig die Haushaltslage entspannen, gleichzeitig aber  
102 mittel- und langfristig nicht absehbare Folgen nach sich ziehen. Ganz abgesehen davon, dass unklar ist,  
103 ob die bisherige Grundfinanzierung jemals wieder für Energiekosten reichen würde, können viele Expe-  
104 rimente nämlich, einmal abgeschaltet, nicht ohne Weiteres wieder gestartet werden. Dies würde auf  
105 Jahre eine verminderte Forschungsleistung an Hochschulen bedeuten, worunter auch die Lehrqualität  
106 leiden würde. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass bei einer längerfristigen Unterbrechung von  
107 Forschungsvorhaben der Arbeitsmarkt in der Wissenschaft in vielen Fächern zusammenbrechen würde,  
108 da noch mehr Verträge nicht verlängert werden würden. Wir schließen uns der Forderung der HRK an:  
109 Die Hochschulen müssen von Bund und Ländern so weit unterstützt werden, dass der hiesige Wissen-  
110 schaftsbetrieb aus der aktuellen Mangellage keine bleibenden Schäden davonträgt.

111

## 112 **Aus der Energiekrise keine Wissenschaftskrise werden lassen: Unsere kurzfristigen** 113 **Forderungen gegen den**

114 Um aus der Energiekrise keine Krise des gesamten Wissenschaftssystems, von der sozialen Infrastruk-  
115 tur, bis zur Großforschungsanlage, werden zu lassen, haben wir uns mit Bündnispartner\*innenzusam-  
116 mengeschlossen und stellen gemeinsam abgestimmte Forderungen an die Bundes- und Landesregie-  
117 rungen.

118 Die wichtigste Grundvoraussetzung für unseren Maßnahmenkatalog ist die Aussetzung, besser noch  
119 die Abschaffung der Schuldenbremse. Ein rein ideologisches, neoliberales Festhalten wider besseren  
120 Wissens an dieser durch die aktuelle Bundesregierung, allen voran Christian Lindner, ist ein Zocken mit  
121 der Zukunft des Wissenschaftssystems. Die Schuldenbremse darf nicht zur **Bildungsbremse** werden!

122 Darüber hinaus fordern wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner\*innen:

- 123 • Die **Hochschulen müssen offen bleiben**. Die Energiekrise darf **nicht auf den Rücken der**  
124 **Studierenden** abgewälzt werden. Kosten auf Einzelne zu verlagern ist keine Lösung. Des-  
125 wegen müssen nicht nur Räume für Veranstaltungen, sondern auch Bibliotheken zum ar-  
126 beiten und Sozialräume für einen Austausch zu den regulären Öffnungszeiten zur Verfü-  
127 gung stehen. Dadurch können zentrale "Wärmestuben" geschaffen werden. Hochschulen  
128 werden richtigerweise nach Beschluss der KMK und der Bundesnetzagentur zur Grundver-  
129 sorgung gezählt, aber die Länder müssen auch dafür sorgen, dass sie es sich leisten kön-  
130 nen und das auch energieintensive Forschungsarbeiten an den Hochschulen weiter mög-  
131 lich sind. Ohne eine substanzielle Aufstockung der Grundfinanzierung wird massiv an For-  
132 schung und Personal gespart werden müssen, mit unabsehbaren Folgen für das Wissen-  
133 schaftssystem.

- 134
- 135
- 136
- 137
- 138
- 139
- 140
- 141
- 142
- 143
- 144
- 145
- 146
- 147
- 148
- 149
- 150
- 151
- 152
- 153
- 154
- 155
- 156
- 157
- 158
- 159
- 160
- 161
- Es braucht **verstetigte finanzielle Entlastungen für alle Studierenden**. Damit wären aufbauend auf den 200€-Zahlungen wirksame Hilfsmöglichkeiten für Studierende im kalten Winter geschaffen. Für eine wirkliche Entlastung müssen diese Zahlungen auf dem schnellstmöglichen Weg, unbürokratisch und regelmäßig ausgezahlt werden. Zusätzlich sind die Anhebungen von Grundbedarf, Wohnpauschale und ein Inflationsausgleich im BAföG längst überfällig.
  - Die **Länder** müssen sich schnellstmöglich an den Entlastungen beteiligen. Denn Studierenden kann unmittelbar über die **Studierendenwerke** geholfen werden. Dafür müssen ihnen für Angebote wie Härtefallfonds, Psychosozial- und Finanzberatung sowie Wohnheime ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen. Dann können sie auch **Mensapreise und die Mieten der Studierendenwohnheime einfrieren** und weitere Kostensteigerungen durch Miete und vieles mehr abfedern.
  - Das **9€-Ticket war ein voller Erfolg** – besonders für uns Studierende. Neben klimafreundlichen Entlastungen garantiert ein kostenfreier oder **stark kostenreduzierter ÖPNV** allen Studierenden umfassende Mobilität unabhängig vom Geldbeutel. Die Lösung muss für alle Studierenden entlastend sein und darf aktuelle Semesterticketpreise nicht übersteigen. Ein 49€-Ticket ist da zu wenig und wird ohne weitere Maßnahmen zu einem Rückschritt für die Studierenden führen
  - Der bestehende **Wohnraumangel** muss jetzt endlich entschiedener angegangen werden denn je. Wenn diese Krise eines zeigt: Dann, dass zentrale Infrastruktur bedarfsdeckend in staatliche Hand gehört. Denn nur so kann Wohnraum langfristig günstig und somit eine freie Hochschulwahl garantiert werden.
  - Eine **BAföG-Strukturreform**, die das grundlegende Problem der Studienfinanzierung angeht, muss neben kurzfristigen Maßnahmen ganz oben auf der Agenda der Bundesregierung stehen. Insbesondere die vollständige Reform des sog. BAföG-Notfallmechanismus' hin zu einem Vollzuschuss in ausreichender Höhe, der alle Studierenden in finanziellen Notlagen bürokratiearm und effektiv erreicht, ist dabei dringend einzubeziehen.
  - Es braucht eine Reform der **studentischen Krankenversicherung**.